

Rettung vor der Kälte – oder Räumung? Stellungnahme aus den Reihen Paritätischer Träger der Wohnungsnotfallhilfe zur Räumung der Rummelsburger Bucht

Vor genau einem Monat, am Freitag, dem 05.02.2021 gegen 22:00 Uhr, wurde auf Anordnung des Bezirks Lichtenberg eines der größten Camps wohnungsloser Menschen in der Rummelsburger Bucht in Berlin durch die Polizei, in Begleitung durch die Task Force der Sozialgenossenschaft Karuna, geräumt. Die Maßnahme wurde mit dem extremen Wintereinbruch und der Gefahrenabwehr im Sinne des Ordnungsrechtes begründet.

Aus den Reihen Paritätischer Mitgliedsorganisationen der Wohnungsnotfallhilfe wird das Vorgehen und der Umgang mit den Bewohner*innen des Camps und ihren Besitztümern kritisiert. Die öffentliche Darstellung steht im Widerspruch zu diversen Schilderungen vertriebener Bewohner*innen. Mit dem Papier wollen wir, diesen Stimmen Gehör verschaffen und die Situation aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten.

Die Entscheidung zur Intervention wurde ohne Einbindung der betroffenen Personen getroffen und ohne Ankündigung realisiert. Weder die Bewohner*innen, noch die vor Ort arbeitenden sozialen Organisationen wie Gangway e.V. und der HVD Berlin-Brandenburg wurden im Vorfeld informiert. Die Möglichkeit einer konstruktiven und fachlichen Intervention durch Sozialarbeit war so nicht möglich. Es bleibt unklar, warum nicht früher kommuniziert wurde.

Die Bewohner*innen wurden am späten Abend ohne Vorwarnung, mit einem Aufgebot von 200 Polizist*innen und der Aufforderung konfrontiert, ihre Unterkünfte unverzüglich zu verlassen. Nur 30 Minuten wurden gewährt, um die nötigste Habe zu packen. Die Möglichkeit nach dem Kälteeinbruch wieder zurückkehren zu können, wurde verneint. Persönliches Eigentum musste überwiegend zurückgelassen werden. Insbesondere viele EU-Bürger*innen konnten aufgrund sprachlicher Barrieren die akute Situation kaum nachvollziehen. Die Menschen erhielten das Angebot, in einer Einrichtung der Kältehilfe unterzukommen, was vielfach aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurde. Natürlich weckt es Misstrauen und macht Angst, ohne Ankündigung seines Obdachs verwiesen und aufgefordert zu werden, in einen Bus mit Zielort Notunterkunft zu steigen. Insbesondere für Menschen mit unklarem Aufenthaltsstatus kann dies schnell als Bedrohung wahrgenommen werden. Zudem haben Bewohner*innen der Rummelsburger Bucht ihre Unterbringung in Kältehilfeeinrichtungen auch zuvor schon bewusst abgelehnt. Gründe dafür sind die teils prekären Unterbringungssituationen, schlechte Erfahrungen und die Angst vor Repressionen. Auch bieten Angebote der Kältehilfe kaum Schutzräume für bestimmte Personengruppen, wie z.B. Trans* Menschen, oder Menschen mit psychischen Erkrankungen. Weiter ist bekannt, dass einige Menschen nicht in eine Unterkunft möchten, weil sie die dort herrschenden Regeln ablehnen und sich in ihrer selbstbestimmten Lebensweise nicht einschränken wollen. Insofern musste davon ausgegangen werden, dass ein erheblicher Teil der Menschen sich nicht auf eine Unterbringung einlassen würde und dadurch der Kälte noch schutzloser ausgeliefert wären als zuvor.

Die nicht angekündigte ordnungsrechtliche Maßnahme wurde damit begründet, Gefahr für Leib und Leben abzuwenden. Vor Beginn der Kältehilfeperiode gab es Gespräche zur Verbesserung der Zustände vor Ort. Dabei formulierten die Bewohner*innen deutlich, dass die Wärmeversorgung kein primäres Thema sei.

Vielmehr wurde der dringende Bedarf an Sanitäranlagen und fließendem Wasser geäußert. Das wurde nicht erhört.

Ein Umgang, wie ihn obdachlose Menschen und andere marginalisierte Personengruppen häufig erleben. Sie werden in Entscheidungsprozesse, die Einfluss auf ihre Lebensrealität haben, nicht einbezogen. Es wird nicht mit, sondern über sie entschieden. Nicht selten kommt es so zu Entscheidungen, die konträr zu den eigentlichen Bedürfnissen der Betroffenen stehen und ihre Lebensumstände letztlich verschlechtern.

Die Räumung mit der Rechtfertigung des Schutzes vor Kälte hat nicht nur Hütten und Eigentum zerstört, sondern auch das Vertrauen der dort lebenden Menschen in staatliche Organe und Institutionen. Das hat fatale Folgen für die Bewohner*innen und negative Auswirkungen auf die Arbeit von Streetworker*innen. Obdachlose Menschen, insbesondere EU-Bürger*innen, nehmen aufgrund ihrer rechtlich prekären Situation Soziale Arbeit ohnehin schon häufig als ordnungspolitisches Organ wahr; solche Aktionen begünstigen diese Wahrnehmung. In Folge der Räumung sind Bewohner*innen für Streetworker*innen teilweise nicht mehr auffindbar, andere leiden an Vertrauensverlust und verschließen sich vor möglichen Hilfsangeboten. Eine Folge, die nicht Konsequenz politischen Handelns sein kann und darf.

Die Umstände der Räumung haben viel Raum für Spekulationen eröffnet und lassen die Durchsetzung von gegenteiligen Interessen seitens der Stadt und Investoren vermuten. Das Gelände an der Rummelsburger Bucht gehört dem Land Berlin (HOWOGE) und privaten Investoren (Coral World) und soll bebaut werden. Das Camp wurde sehr lange geduldet und war sowohl dem Land Berlin als auch den Investoren ein Dorn im Auge. Das Vorgehen und der Zeitpunkt der Räumung werfen unter diesem Aspekt berechnete Fragen auf.

Der AK Wohnungsnot hat einen ersten Austausch am 03.02.2021 mit inhaltlich Beteiligten aus Politik, Verwaltung, ehemaligen Bewohner*innen und Mitarbeitenden von sozialen Organisationen ermöglicht. Eine umfassende Auswertung der Räumung in der Rummelsburger Bucht ist notwendig, um in Zukunft mit ähnlichen Situationen besser umzugehen.

Aus den Reihen der Paritätischen Mitgliedsorganisationen besteht die Forderung betroffene Zielgruppen und die Ansprechpartner der sozialen Organisationen, rechtzeitig im Vorfeld durch den Bezirk anzuhören und in die Entscheidung mit einzubeziehen. Das setzt eine gute Kommunikation und rechtzeitiges Handeln, bereits vor einem Kälteeinbruch, voraus. Die Mitgliedsorganisationen unter paritätischem Dach stehen für den weiteren Diskurs zur Verfügung.

Berlin, den 05.März 2021

Fachgruppe Wohnungsnotfallhilfe des Paritätischen Landesverband Berlin e.V.

Ansprechpartnerin:

Daniela Radlbeck

Referat Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik

radlbeck@parität-berlin.de